

# UNSERE ZEITUNG

ZEITSCHRIFT DER DKP GÖTTINGEN

3. Ausgabe / September 2024

## Krieg zerstört die Städte, auch Göttingen!



Jeweils Mitte August legt normalerweise die Verwaltung der Stadt Göttingen dem Rat den Stellenplan vor. Dies mache, erklärte die Oberbürgermeisterin Petra Broistedt, dieses Jahr „keinen Sinn“. Die Gewerbesteuererhöhungen seien gegenüber dem Vorjahr um 100 Millionen und damit über die Hälfte eingebrochen. Auf „dringende Empfehlung“ des niedersächsischen Innenministeriums, das die Haushaltsführungen der Kommunen in Niedersachsen überwacht und in die fadenscheinige Selbstverwaltung der Städte eingreifen kann, werde es daher keine Vorlage eines Stellenplans geben. Stattdessen kündigte Broistedt das von der Landesregierung empfohlene „Haushaltssicherungskonzept“ sowie einen Doppelhaushalt für die Jahre 2025 und

2026 an. Das werde – mit den Worten Broistedts – „ein Haushalt ohne Tabus“.

Im Vorgriff wurden schon mehrere bereits beschlossene Maßnahmen gestoppt, darunter das Prestigeprojekt Sanierung des Deutschen Theaters.

Wer eins und eins zusammenzählen kann, weiß natürlich, woher die nach den Worten von Broistedt (SPD) „dramatische“ Lage in Göttingen kommt: von dem unerklärten Krieg, den Bundeskanzler Olaf Scholz – auch SPD – gegen Russland führt. Milliarden Euros fließen gegenwärtig jede Woche in Form von Panzern, Granaten, Raketen und direkten Finanzüberweisungen für den maroden ukrainischen Staatshaushalt aus deutschen Kassen nach Osten. Erklärtes Ziel nach den Worten der deutschen Außenministerin

Baerbock: Russland „ruinieren“. Das haben im letzten Jahrhundert deutsche Kriegsherren schon zweimal versucht. Das Ergebnis war ein ruiniertes Deutschland. Das zeichnet sich auch jetzt ab. Die Vorboten sind da – in maroden Brücken, die nicht saniert werden, weil stattdessen Panzer gebaut werden, in Schulklos, auf die niemand mehr gehen mag, weil stattdessen ukrainische Soldaten in hiesigen Kasernen ausgebildet werden, in Krankenhäusern, in denen Eltern mit ihren Kindern stundenlang in der Notaufnahme warten müssen, weil zwar Geld für die medizinische Versorgung ukrainischer Soldaten, aber keines mehr für die Notfallversorgung unserer Kinder da ist.

Das sinnvollste zur Sanierung des Göttinger Haushalts wäre es gewesen, die Stadtverwaltung und Ratsherren und –frauen wären auf den Demonstrationen zum Antikriegstag erschienen und hätten sich den Forderungen nach einem sofortigen Ende des Wirtschafts- und drohenden Schießkrieges gegen Russland und China angeschlossen. Aber in ihrer Borniertheit sitzen Broistedt und Co lieber an dem Versuch, Krieg und das Wohlergehen unserer Stadt unter einen Hut zu bringen.

(ms)

### NICHT WEGWERFEN! Diese Zeitung ist für Dich!

Diese Zeitung ist kein Werbeblatt, das besser in die Tonne wandert. Wir wollen nichts verkaufen, auch keine Daten abgreifen. Wir schreiben für Leute wie uns. Leute, die von ihrer Arbeit, von Stütze oder Rente leben müssen. Leute, die zur Miete wohnen. Leute, die mit ihrem Geld keine großen Sprünge machen können und trotzdem immer draufzahlen müssen. Leute, die sich von der Politik nichts mehr versprechen. Leute, die nicht alles glauben, was so erzählt wird und Leute, die die Schnauze voll haben.

# UMG: Insolvenz, Aufbruch, Krankenhaussterben und Revolution

Im letzten Jahr sprach Wolfgang Brück, UMG-Chef, gegenüber dem GT zur Lage in seinem Betrieb: „Jedes anderes Unternehmen wäre insolvent“ (GT 08/23). Das war im August 2023, kurz vor der Tarifrunde der Länder. Jetzt, ein Jahr später, scheint eine große Entwicklung stattgefunden zu haben. Brück resümiert wieder im Tagblatt: "Im Vergleich zu anderen Maximalversorgern steht die UMG damit gut da" (GT 08/24). Und er legte nach, es gebe „ein Aufbruchsignal“ in der UMG. Auf die Frage nach der Stimmung in der Belegschaft zum geplanten Neubau, legt der nun scheinbar sogar noch zum Genossen mutierte UMG-Chef noch eine Schippe drauf: „Das ist eine Revolution“.

Nur revolutionär ist nichts an den Aussagen von Herrn Brück. Und Genosse ist er selbstverständlich auch nicht. Das Interview vor einem Jahr, in dem die UMG angeblich kurz vor der Insolvenz stand, kann man als machtpolitische Taktik einordnen. Der Zweck: das Land soll die Ausstände der UMG als eigene Schulden übernehmen. Dafür braucht es eine Änderung des niedersächsischen Hochschulgesetzes, da die UMG bzw.

die Universität, zu der sie gehört, eine landeseigene Stiftung ist. Der Druck auf die Tränendüse scheint Erfolg gehabt zu haben, die gewünschte Änderung ist auf dem Weg. Zur Voraussetzung macht das Land aber die „schwarze Null“ in den Bilanzen der UMG. Gegen die Klinikbelegschaft wurde darum ein Sparprogramm mit Stellenabbau im niedrigen dreistelligen Bereich umgesetzt. Und Brück will nach weiteren „Optimierungsmöglichkeiten“ im dreistelligen Bereich suchen. Eine Fortsetzung des Stellenabbaus ist somit geplant! Trotz steigender Fallzahlen. Die Zahl der stationären Fälle ist zwar laut eigener Angaben der UMG in den Qualitätsberichten von 2019 bis 2022 um ca. 5.000 gefallen. Dafür ist die Zahl der ambulanten Fälle um ca. 30.000 massiv angestiegen. Die langfristigen Sparprogramme waren die Ausgliederungen von klinisch notwendigen Tätigkeiten in Tochtergesellschaften. Dort führt das Sparen an Personalkosten zu einer Lohndifferenz von bis zu 40%. Die Auseinandersetzung um einen Haustarif beim UMG-eigenen Betrieb KSG war eine Niederlage. Der mutige Streik wurde gebrochen, die Organisation wurde geschwächt. Für den Aufbau neuer Kampfkraft braucht es hier eine Analyse der Gründe für diese Niederlage. Und die liegen zunächst einmal in der kompromisslos brutalen Sparpolitik der UMG gegenüber den Belegschaften ihrer Tochtergesellschaften, die Brück in seinem Interview erneut verteidigt.

Der geplante Stellenabbau steht scheinbar im Widerspruch zu Brücks anderen Erkenntnissen.

So spricht er von einer „Bereinigung der Krankenhauslandschaft“ im Rahmen von der SPD-Minister Lauterbach geplanter Krankenhaus-Reform, sprich des gesteuerten Krankenhaussterbens. Bereits jetzt stellen sich viele Krankenhäuser vor dem Inkrafttreten der Reform in Bereitschaft, so auch die UMG. Krankenhäuser und Kliniken schließen. Beispiele aus der Region sind die Schließungen der Geburtskliniken in Neu-Mariahilf und in Herzberg in den vergangenen Monaten. Die Versorgung von Frauen war nie wirtschaftlich im Kapitalismus, es wird aber nicht signifikant weniger Geburten geben. Es geht um Arbeitsverdichtung für die Belegschaft und Umsortierung der Aufgaben hin zu einer Verschlechterung der Versorgung für die arbeitende Bevölkerung.

Ideenlos war Brück auch beim heißen Thema Pflegenotstand. Seine Phrasendrescherei macht sprachlos. Man brauche „neue Konzepte“ und Hoffnung auf „Ambulantisierung“, d.h. Abbau von stationären Betten und Verärztlichung sowie Privatisierung der Versorgung durch pflegende (weibliche) Familienangehörige. Dass das anders geht, zeigen die gewerkschaftliche Krankenhaus-Bewegungen, aktuell in der UMG-„Schwester“, der Medizinischen Hochschule Hannover. Man munkelt, da die UMG eine Stiftung ist, sei es einfacher, einen Tarifvertrag mit der UMG für Entlastung der Belegschaft abzuschließen. Minister Mohrs und die ganze SPD wären auf unserer Seite. Als Kommunisten geben wir unseren sozialdemokratischen Kollegen die Hand zur Aktionseinheit.

(ajh)



## Liesels Gänschen wundert sich:

Wenn der Kriegskurs die öffentlichen Kassen ruiniert, warum sieht man dann Bürgermeisterin Broistedt und Landrat Riethig nicht auf Friedenskundgebungen?

*Die Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke ist ein kommunalpolitischer Zusammenschluss vieler parteiloser Linker, der Groner Antifaschistischen Linken und der DKP Göttingen. Sie stellt mit den drei Abgeordneten Jost Leßmann, Nornia Marcinkiewicz und Torsten Wucherpennig eine Fraktion im Göttinger Stadtrat. Darüber hinaus ist sie in den Ortsräten von Grone und Geismar vertreten.*

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken stellt sich entschieden gegen einen von der FDP im Sozialausschuss eingebrachten Antrag für eine Arbeitspflicht für Geflüchtete. Für einen Stundenlohn von 80 Cent möchte die FDP geflüchtete Menschen zur Zwangsarbeit

verpflichten. „Die Idee der Integration durch Arbeit ist wünschenswert, jedoch heißt das für uns, dass Qualifikationen und Ausbildungen von geflüchteten Menschen anerkannt und Arbeitsverbote aufgehoben werden.“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Nornia Marcinkiewicz. Kein Wunder, dass die 80-Cent-Idee von der FDP kommt, den Liberalen können die Löhne ja ohnehin nicht niedrig genug sein. Geflüchtete für 80 Cent schufteten zu lassen würde genau den Unterbietungswettbewerb auch bei den Löhnen aller anderen lostreten, der schließlich zur Aufweichung des Mindestlohnes führt.

In einer Zeit, in der die Gestaltungsfähigkeit der Kommunen immer weiter abnimmt, hat das den Rat beherrschende Haushaltsbündnis aus CDU, SPD und FDP beschlossen, die Zukunft der ehemaligen JVA in der Göttinger Innenstadt nicht in die eigene Hand zu nehmen, sondern an private Investoren zu vergeben. Die Göttinger Linke setzt sich dafür ein, dass dieser Vergabeprozess nun wenigstens unter größtmöglicher Einbeziehung der Öffentlichkeit erfolgt, um Einfluss darauf nehmen zu können, dass das historische Gebäude zum Nutzen der Stadt und ihrer Bürger genutzt wird.

(sl)

## Jugend in der Krise: Angst und Spaltung

Egal wohin man schaut: Messerangriffe, Islamismus, der Ruf nach mehr "Sicherheit". Auf tiktok und Insta kommt man nicht daran vorbei, in Zeitung und Fernsehen genauso wenig.

Jugendliche beschäftigt das natürlich genauso sehr, wie alle anderen. Und auch unter Jugendlichen herrschen aus verschiedenen Gründen Angst und Verunsicherung.

Medien und Politik reagieren: in vorauseilemendem Gehorsam werden Positionen übernommen und in politische Entscheidungen umgesetzt, die lange Zeit nur von der AfD erhoben wurden. Der Täter war ein "Flüchtling"? Die Bevölkerung muss also Angst vor Geflüchteten haben! Der Täter war Islamist? Der Islam ist also unser Feind! Die Politik schafft dann immer schlechtere Bedingungen für die, die es hierhergeschafft haben, immer dichtere Grenzen und immer mehr Abschiebungen – z.B. auch nach Afghanistan, was die ganz offizielle Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den dort herrschenden islamistischen Taliban erfordert.

Diese Politik und die Hetze gegen Geflüchtete, Muslime und letztlich alle

Migranten schafft dabei aber das Gegenteil von Sicherheit. Sie verunsichert und verängstigt alle von uns, deren Familie nicht aus Deutschland stammt, alle, die muslimischen Glaubens sind. Sie entfremdet uns einander, teilt uns ein nach Herkunft, Aussehen und Religion und hetzt uns gegeneinander auf.

Das soll uns untereinander spalten, damit wir nicht zusammenhalten gegen die, die uns allen die Zustände aufdrücken, unter denen wir leben: die Schulen verrotten, zu wenig Geld, zu wenige Lehrer. Zu wenig Sprachkurse, zu wenig Förderangebote. Am Ende steht man dann da mit oder auch ohne Abschluss. Und bekommt dann keine Ausbildung, weil die Unternehmen zwar viel über "Fachkräftemangel" meckern, aber weniger ausbilden als je zuvor. Dann heißt es Minijob, Schwarzarbeit, Bürgergeld, etc. Und für die von uns, die keinen deutschen Nachnamen haben kommt noch die ständige Erfahrung obendrauf, hier eigentlich nicht erwünscht zu sein.

Es sind genau diese unsicheren Bedingungen, die dazu führen, dass sich Menschen in ihre Communities

zurückziehen. Jeder braucht ein soziales Netz, das ihn auffängt. Politik und Unternehmen tun das nämlich nicht, am Ende müssen wir immer gucken, wo wir bleiben. Manche, immer noch wenige, geraten dann in die Fänge islamistischer Einpeitscher. Und richten sich dann nicht gegen die miesen Umstände, sondern wahllos gegen alle "Ungläubigen". Keine Frage, das macht Angst!

Aber diese Angst Ernst zu nehmen, heißt doch nicht, den Druck noch zu verstärken, der genau zu solchen Radikalisierungen führt. Islamismus in Deutschland ist kein importiertes Problem. Die Radikalisierung findet hier statt! Die Gründe liegen in unserer Gesellschaft!

Echte Sicherheit entsteht durch Perspektiven, sicheres Einkommen, durch Inklusion und Hilfen. Und zwar für Alle die hier leben. Unsere Spaltung nutzt bloß denen, die uns das verweigern. Wir müssen mit Zusammenarbeit und Solidarität dagegenhalten.

(@sdaj\_goettingen)

# Grone: Kennen wir schon.

"Oho, na dass du dich hier noch hertraust", ruft Hendrik mir entgegen, als ich in der Deisterstraße aus dem Bus steige. "Ins gefährlich Grone-Süd?", frage ich zurück, "Bin doch mutig, wie du weißt." "Ja, solche kennen wir schon. Aber keine Angst, ich pass auf dich auf!" Wir müssen beide lachen. Was soll man auch anderes machen angesichts der hysterischen Kampagne gegen Grone-Süd, mit der das Tageblatt Ende Juli das Sommerloch gestopft hat. "Alle, die hier länger wohnen, auch alle Teilnehmer vom Runden Tisch, die Lehrerinnen, die Erzieherinnen, und so weiter, können darüber nur den Kopf schütteln.", berichtet Hendrik. "So ne Alles-Ist-Schlecht-Geschichte kannst du doch über jeden Stadtteil schreiben, wenn du die richtigen fragst.", jetzt schüttelt er selbst nochmal den Kopf. "Aber klar, wer hier mal seine 40 Jahre wohnt, der wundert sich auch nicht darüber, dass es natürlich wieder Grone trifft. Kennen wir schon."

Ich nicke und wir gehen los. "Dabei ist es ja nicht so, dass wir hier nicht genug echte Probleme hätten. Ich sag nur LEG." Wir biegen in die Harzstraße ein. "Guck mal, da hinten der Block da im Süntelweg.", Hendrik zeigt auf das mehrstöckige Gebäude, auf das wir zu steuern. "Du erinnerst dich daran, dass die LEG immer behauptet hat, die

Verträge über die Gaslieferungen, die zu diesen irren Nebenkosten-Nachforderungen geführt haben, hätte sie von der ADLER übernehmen müssen, sie gar nicht gekannt und wäre da auch nicht rausgekommen?" "Klar", sag ich, „das ist doch deren Hauptargument: wir können nichts dafür, wir wissen von nichts und uns sind die Hände gebunden." "Genau. Aber jetzt pass auf: eine Mieterin aus dem Haus da vorne hat bei der LEG ihre Nebenkostenabrechnung für 2022 angefordert und siehe da – das Gas kam nicht von Enercity, das sind die mit den Wucherverträgen, sondern einfach von den Stadtwerken. Zu einem viel günstigeren Tarif!" Ich stutze kurz: "Und das bedeutet jetzt was?" "Na Mensch! Das heißt doch, dass die LEG natürlich gewusst hat, welche Verträge sie da bei Enercity hatte und auch, dass sie die eben doch einfach kündigen und billigeres Gas von den Stadtwerken holen konnte!", ruft Hendrik. Jetzt ist die erste Zigarette fällig. "Also alles gelogen", sage ich, "was für ein elender Scheißverein." "Tja...", Hendrik pustet Rauch aus der Nase. "Kennen wir schon."

"Also doch ein Problemstadtteil", versuche ich einen Witz. "Ach komm,



hör mir auf, du hättest hier sein sollen bei der Groner Kirmes! Da erlebt man das echte Grone, mein Grone! Die Leute kommen zusammen, haben Spaß. Und wir sind mit der Mieterinitiative mitgelaufen." "Ach echt? So zwischen Sport- und Schützenverein?", frage ich. "Pff... du sagst das jetzt so, als wär das so piefig. Bei der Kirmes sind alle dabei! Und so muss es auch sein. Und für uns gab es sogar Applaus! Und..." Hendrik macht eine dramatische kleine Pause, "den ersten Platz für die Fußgruppen!" "Ok, überzeugt!", sage ich", so sieht Rückhalt im Stadtteil aus. Aber dass man in Grone nicht alleine ist, wenn man sich wehrt, das..." "Genau", fällt Hendrik mir ins Wort, "kennen wir schon."

(sl)

## Kulturteil: Die Lage



Mesut Bayraktars Buch "Die Lage" ist ein Band voller Erzählungen über

Menschen aus diesem Land, aus unserer Gesellschaft, deren Geschichten anderswo aber fast nie erzählt werden. Es sind Geschichten von der Arbeit, von Armut und Ausgrenzung, vom Streit mit denen da oben und mit denen, die noch weiter unten sind. Ganz einfach: es sind Geschichten aus der Realität. Davon, wie diese Realität einen niederdrückt aber auch davon, wie man sich hier und da dieser Realität entgegenstemmen kann. Wir haben Mesut im Rahmen unseres Roten Literaturherbstes nach Göttingen eingeladen, um uns aus diesen Geschichten vorzulesen und mit

uns darüber zu sprechen. Und im Gegensatz zum offiziellen Literaturherbst sind unsere Lesungen wirklich offen für alle, ganz ohne Eintritt. Ein Besuch lohnt sich genauso wie die Anschaffung von Mesuts Buch.

Lesung mit Mesut Bayraktar am 07. November im Roten Zentrum (Lange-Geismar-Straße 2)

Buch: Mesut Bayraktar: Die Lage. Autumnus-Verlag, 312 S., geb., 19,95 €.

(sl)